DIENSTAG, 7. JANUAR 2014 | 17.30 UHR | DOMSHEIDE, LANDGERICHT

MIT ANSCHLIESSENDER GEDENK-AKTION

BRECHMITTEL TÖTET.

Demonstration in Gedenken an Laye Alama Condé.

Am 7. Januar 2005 starb Laye Alama Condé aus Sierra Leone in Folge einer gewaltsamen Verabreichung von Brechmitteln durch einen Arzt und zwei Polizisten im Polizeirevier Bremen-Vahr. Laye Condé war vor dem Bürgerkrieg in Sierra Leone geflohen und lebte seit mehreren Jahren in Bremen. Seine Tötung war kein »bedauerlicher Einzelfall«, sondern Ergebnis einer rassistischen Polizeipraxis, die in Bremen nach dem Willen von Justiz und Politik über 12 Jahre lang hundertfach auf die gleiche Weise angewendet wurde.

Außer dem Polizeiarzt Igor Volz wurde dafür niemand jemals zur Rechenschaft gezogen. Zweimal hat das Bremer Landgericht den Angeklagten freigesprochen, zweimal hat der Bundesgerichtshof den aus seiner Sicht »fast grotesk falschen« Freispruch wegen »durchgreifender Rechtsfehler« wieder kassiert.

Der dritte Prozess begann am 9. April 2013 und wurde am 1. November 2013 gegen Auflagen eingestellt, weil der Angeklagte verhandlungsunfähig war. Er muss nun 20.000 Euro an die Familie von Laye Condé zahlen. Nach der Einstellung des Verfahrens sind jegliche weitere Rechtsmittel ausgeschlossen – der Prozess ist für immer beendet.

Ende Dezember 2004 wurde der Asylsuchende Laye Alama Condé aus Sierra Leone in der Nähe der Sielwallkreuzung von zwei Zivilpolizisten verhaftet und unter Verdacht des Drogenbesitzes in das Polizeirevier Vahr verbracht.

An Armen und Beinen auf einem Behandlungsstuhl gefesselt, wurde ihm von dem Arzt Igor Volz gewaltsam Brechmittel verabreicht und in einer stundenlangen Prozedur über eine Nasensonde so viele Liter Wasser in den Magen gepumpt, dass seine Lungen überfluteten und er erstickte. Laut der Feststellungen des Gerichts waren dabei auch die beiden anwesenden Polizisten, die den Einsatz eigenmächtig angeordnet hatten, aktiv tätig, indem sie während der Tortur den Kopf und einen Arm von Laye Condé festhielten. Laye Alama Condé ist in den Räumen der Bremer Polizei grausam gequält und regelrecht ertränkt worden.

Er wurde 35 Jahre alt.

Die Justiz hat in diesem Verfahren ganz offensichtlich versagt. Die Mittäter und Auftraggeber von damals saßen nie auf der Anklagebank. Das kann kaum überraschen, war es doch die Bremer Staatsanwaltschaft selbst, die die Anwendung der Brechmittelprozedur durch die Bremer Polizei angeordnet hatte. Auf die gleiche Art und Weise wie bei Laye Condé wurden in mehreren Hundert Verfahren Beweise gesichert, um Verdächtigen geringfügige Vergehen gegen das Drogenverbot nachzuweisen. Kein Gericht in Bremen hat diese Beweise je abgelehnt, die auf Kosten der Gesundheit der Betroffenen und unter Missachtung deren Menschenwürde erbracht worden waren. Der Europäische Menschengerichtshof bezeichnete die Brechmittelprozedur 2006 als Folter, seitdem ist sie endlich verboten.

EINE TAT, EIN TOTER, KEINE TÄTER?

Der Bundesgerichtshof hatte schon 2010 moniert, dass in Bremen weder gegen die »bisher unbehelligten Nebentäter« ermittelt wurde noch das »Organisationsversagen« der beteiligten Institutionen rechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hatte. Die Staatsanwaltschaft wartete daraufhin mit einer Anklageprüfung so lange, bis die Taten anderer Beteiligter aus ihrer Sicht verjährt waren. Der frühere Chef des Polizeiarztes trat dann im dritten Prozess sogar als unabhängiger Sachverständiger auf. Bei der Einstellungsverfügung wird die vom selben Gericht niemals geahndete Verantwortung von weiteren Akteuren dann aber als Argument dafür angeführt, das Verfahren gegen den Arzt einstellen zu können: »Zwar vermag ein etwaiges Fehlverhalten Dritter oder auch

ein Versagen der Politik den Angeklagten nicht vollständig zu entlasten, bei der Frage ob die Schwere der Schuld einer Einstellung entgegenstehen könnte, ist es aber sehr wohl zu berücksichtigen.« (Landgericht Bremen, 1.11.2013).
Offen bleibt hier die Frage, wieso nicht von vornherein die Polizisten und die Auftraggeber genauso auf der Anklagebank Platz nehmen mussten.
Am Ende steht, was von Anfang an zu befürchten war: Es soll so aussehen, als sei eigentlich niemand wirklich Schuld gewesen am Tod von Laye Condé.

Scherf: »Das war Beweissicherungsalltag!«

Politisch direkt verantwortlich für die rassistische und zutiefst unmenschliche Polizeipraxis war der damalige Justizsenator und langjährige Bürgermeister Henning Scherf, der im dritten Prozess als Zeuge geladen war. Er rechtfertigt die Foltermethoden bis heute und bestätigte am 16. September 2013 vor Gericht, dass dieses Vorgehen in Justiz und Politik breite Unterstützung fand. Scherf stritt ab, jemals von Problemen mit der Brechmittelvergabe gehört zu haben, obwohl er die ganze Zeit über Justizsenator gewesen war. Auch von der Tötung des Nigerianers Achidi John in Hamburg 2001, der aufgrund der gleichen Tortur ums Leben kam, will er nichts mitbekommen haben.
Damals lehnten SPD und CDU in der Bürgerschaft geschlossen den Antrag der Grünen ab, die Brechmittelprozedur in Bremen wegen des Todesfalls in Hamburg auszusetzen. Der CDU-Abgeordnete und Polizeigewerkschafter Rolf Herderhorst verstieg sich in der Debatte am 13. Dezember 2001 zu der Aussage, Straftäter hätten nicht auch noch eine »mädchenhafte Behandlung verdient«. Im September 2013 behauptete Scherf als Zeuge, sich noch nicht mal daran zu erinnern, dass es überhaupt eine Debatte darüber im Parlament gab. Momentan läuft gegen Scherf daher ein Ermittlungsverfahren wegen uneidlicher Falschaussage.
Anders sehen das mittlerweile wohl einige seiner Parteigenossen von der SPD. So haben zumindest einige Vertreter aus Partei und Fraktion – inoffiziell – gegenüber der Initiative in Gedenken an Laye Condé das damalige Vorgehen rückblickend als »schlimmen Fehler« bewertet. Der seit 2012 amtierende Bremer Polizeipräsident Müller hat in einem persönlichen Brief an die Mutter von Laye Condé sein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Die politische Aufarbeitung der Umstände, die zum Tod von Laye Condé geführt haben, steht dennoch erst am Anfang. Nach wie vor hat niemand die politische Verantwortung dafür übernommen, dass über Jahre die Bremer Behörden bei der Beweissicherung auch Tote in Kauf genommen haben. Nach wie vor ist Thomas Röwekamp CDU-Fraktionschef. Er sagte 2005 als verantwortlicher Innensenator, während Laye Condé noch im Koma lag: »Wenn er stirbt, hat es nichts mit der Verabreichung von Brechmitteln zu tun«; er halte es für »völlig gerechtfertigt mit unnachgiebiger Härte« gegen »solche Leute vorzugehen«.
Der heutige SPD-Innensenator Ulrich Mäurer vermerkte damals als Justiz-Staatsrat unter Scherf lapidar zum polizeilichen Tötungsakt, es gebe »keine Anhaltspunkte, dass die was falsch gemacht haben.«

Unabhängig vom Ausgang des juristischen Verfahrens sind wir der Ansicht, dass der Tod von Laye Alama Condé sich in die Geschichte Bremens eingeschrieben hat und damit auch sichtbar Eingang in die offizielle Stadtgeschichte finden sollte. Es gibt eine gesellschaftliche Verantwortung zu benennen, was passiert ist und dauerhaft zu erinnern:
Ein Asylsuchender, der einer Straftat verdächtigt wurde, ist bei einer polizeilichen Maßnahme, die von politischer Seite gewollt und angeordnet war, getötet worden. Dies gilt umso mehr, da den verantwortlichen Politikern bis heute kein Wort des Bedauerns geschweige denn eine Entschuldigung gegenüber der Familie des Getöteten über die Lippen gekommen ist.

Deshalb fordern wir eine öffentliche Entschuldigung des Bremer Senats in Anwesenheit der Mutter und anderer Familienmitglieder Laye Condés und eine gemeinsame öffentliche Erklärung der politisch Verantwortlichen, dass die gesamte Brechmittelpraxis falsch war und sich so etwas nie wiederholen darf. Staatliches Handeln hat Laye Condé um sein fundamentales Recht auf Leben gebracht.
Um daran zu erinnern, braucht es für die Zukunft ein deutliches Zeichen. Die Initiative in Gedenken an Laye Condé hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, ein dauerhaftes Denkmal in Bremen zu schaffen, das an den Getöteten erinnert und die Umstände seines Todes benennt (www.initiativelayeconde.noblogs.org).

Rassistische Polizeigewalt ist aber nicht nur ein Thema der Vergangenheit. Auch heute kommt es bei Drogenkontrollen regelmäßig zu körperlichen Übergriffen. Polizist_innen drücken dabei Verdächtigen von hinten die Kehle zu, um ein Schlucken von Drogen zu verhindern. Verdächtige müssen sich nackt ausziehen und überaus erniedrigende Prozeduren über sich ergehen lassen. Die Methoden haben sich geändert, der Rassismus ist geblieben.
Menschen nicht-weißer Hautfarbe und/oder nicht-deutscher Herkunft sind durch deutsche Polizist_innen und Vertreter_innen der Institutionen ebenso wie durch Rassist_innen auf der Straße täglich Diskriminierungen und Verfolgungen ausgesetzt und mit dem Tode bedroht.
Wir erinnern deshalb heute auch an die Ermordung von Oury Jalloh in Dessau, der ebenfalls am 7. Januar 2005 in einer Zelle der Polizei verbrannt wurde. Weil von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh durch ein neues Brandgutachten nachgewiesen werden konnte, dass dieser sich nicht selbst angezündet haben kann, wird nun erstmals wegen Mordes ermittelt.

Schluss mit rassistischen Polizeikontrollen!

Stoppt rassistische Polizeigewalt!

Rassismus tötet. Laye Condé und Oury Jalloh sind keine Einzelfälle:

Amir Ageeb.
Erstickt am 28. Mai 1999 im Zuge seiner Abschiebung aus Frankfurt/Main, bei der er von BGS-Beamten gefesselt und geknebelt wurde.

N'deye Mareame Sarr.
Erschossen am 16. Juli 2001 in Aschaffenburg von einem Polizisten während eines Einsatzes bei ihrem deutschen Ehemann, der die gemeinsamen Kinder entführt hatte.

Achidi John.
Getötet am 9. Dezember 2001 durch einen zwangsweisen Einsatz von Brechmitteln in Hamburg.

Dominique Kouamadio.
Erschossen am 14. April 2006 unter ungeklärten Umständen von einem Polizisten vor einem Kiosk in Dortmund durch zwei schnell hintereinander abgegebene Schüsse in Bein und Herz.

Christy Schwundeck.
Erschossen am 19. Mai 2011 durch die Polizei unter ungeklärten Umständen im Jobcenter in Frankfurt/Main nach einem Streit mit ihrem Sachbearbeiter.

In all diesen Fällen wurden die Ermittlungsverfahren gegen die Täter eingestellt, es wurde niemals ein Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen.